

SCHULDENBREMSE

# Die Wirtschaftsweisen wollen die nationale Bastion gegen die Schuldensucht schleifen

Kommentar von Malte Fischer

31. Januar 2024



Bild: imago images

**Die Vorschläge des Sachverständigenrats zur Aufweichung der Schuldenbremse belasten künftige Generationen. Sie sind eine intellektuelle und finanzpolitische Bankrotterklärung. Ein Kommentar.**

Teilen per: Teilen per: 

Nach der Umverteilungsrente nun die Sparbremse. Man kann den fünf [Wirtschaftsweisen](#) wahrlich nicht vorwerfen, mit Reformvorschlägen für die Politik zu geizen. Ob diese Vorschläge sinnvoll und zielführend sind, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Jetzt schlagen die Weisen vor, die Schuldenbremse und damit den Konsolidierungsdruck für den Bundeshaushalt aufzuweichen. Damit dürften sie vor allem bei der [SPD](#) und den Grünen offene Türen einrennen.

Konkret wollen die Sachverständigen der Regierung nach Notlagen mehr Zeit geben, die Regelgrenze für die strukturelle Neuverschuldung einzuhalten, die derzeit für den Bund bei 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt. Zugleich soll diese Grenze abhängig vom Verschuldungsgrad angehoben werden. Darüber hinaus soll das Verfahren für die Berechnung des strukturellen Defizits, die sogenannte Konjunkturbereinigung, methodisch reformiert werden, um den konjunkturell notwendigen Finanzbedarf besser abzubilden.

Nachdem sich die Regierungen auf EU-Ebene bereits darauf verständigt haben, den Euro-Stabilitätspakt aufzuweichen, laufen die Vorschläge der [Wirtschaftsweisen](#) darauf hinaus, nun auch die nationale Bastion gegen die Schuldensucht der Politiker zu schleifen. Und dies in Zeiten, in denen die Zinsen noch lange höher sein dürften als in den vergangenen zehn Jahren.



KONJUNKTUR

### „Die Schuldenbremse, wie sie jetzt ist, ist zu starr“

Die Schuldenbremse ist Streitthema Nummer eins in der Bundesregierung. Nun äußern sich die „Wirtschaftsweisen“ dazu: Die Schuldenbremse sei unnötig restriktiv.

Man fragt sich, wessen Interessen die Weisen mit ihrem Vorschlag verfolgen. Die der künftigen Generationen können es jedenfalls nicht sein. Denn diese sind es, die für die Zinsen der zusätzlichen Schulden mit höheren Steuern aufkommen müssen. Das Argument, die künftigen Generationen erben im Gegenzug einen Kapitalstock, von dem sie profitieren, ist ein billiges Schutzargument von Ökonomen und Politikern, die sich anmaßen, die Präferenzen ihrer Nachkommen zu kennen. Tatsächlich aber gewichten sie ihr eigenes Interesse höher als die Freiheits- und Gestaltungsansprüche ihrer Kinder und Enkel.

Wer in Zeiten konfiskatorisch anmutender Steuereinnahmen des Staates von fast einer Billion Euro höheren Schulden das Wort redet, statt darüber nachzudenken, wie auf der Ausgabenseite des Budgets Prioritäten neu justiert werden können, um als dringlich erachtete Investitionen zu finanzieren, hat den Grundgedanken der so viel beschworenen Nachhaltigkeit nicht verstanden.



DER GROSSE IMMOBILIENATLAS 2024

### **50 Städte im Check: Hier lohnt sich jetzt der Kauf**

QUARTALSAHLEN

### **Auslese bei Big-Tech: Zwei von fünf Aktien sind jetzt für Anleger spannend**

GRUNDSATZURTEIL

### **Kippt Karlsruhe mit dem Soli die Ampel?**

[Weitere Plus-Artikel lesen Sie hier](#)

Unter diesem Aspekt sind die Vorschläge der Wirtschaftsweisen eine intellektuelle und finanzpolitische Bankrotterklärung.

*Dieser Beitrag entstammt dem WiWo-Newsletter Daily Punch. Der Newsletter liefert Ihnen den täglichen Kommentar aus der WiWo-Redaktion ins Postfach. Immer auf den Punkt, immer mit Punch. Außerdem im Punch: der Überblick über die fünf wichtigsten Themen des Tages. [Hier können Sie den Newsletter abonnieren.](#)*



#### **Malte Fischer**

Chefvolkswirt WirtschaftsWoche,  
Redakteur Der Volkswirt

© Handelsblatt GmbH – Alle Rechte vorbehalten. Nutzungsrechte erwerben?

## Mehr WiWo: Newsletter

